

INTERVIEW MIT ÖKONOM VINCENT HEIN VON DER IDEA FOUNDATION

„Es wird künftig mehr Verlierer geben“

Durch Homeoffice verliert der Luxemburger Handel täglich 350 Millionen Euro. Vorschlag: Alle zahlen in einen Entwicklungsfonds ein.

VON SABINE SCHWADORF

LUXEMBURG Im vergangenen Jahr haben europaweit in Luxemburg die meisten Menschen in Telearbeit gearbeitet. Nur in Finnland saßen noch mehr Beschäftigte zu Hause vorm Rechner. Im ersten Lockdown Anfang Mai lag der Anteil bei immerhin 69 Prozent. Im deutsch-luxemburgischen Grenzgebiet betrifft dies auch Tausende Grenzgänger. Das Homeoffice hat die Situation auf Luxemburgs Straßen massiv entlastet. Immerhin zwei Tage und neun Stunden weniger haben die Pendler im Stau gestanden. Doch wie geht es künftig weiter? Welche Folgen hat die Arbeit im Homeoffice für die Luxemburger Wirtschaft, aber auch für die Staatseinnahmen? Wir haben mit Vincent Hein, Wirtschaftswissenschaftler bei der luxemburgischen Denkfabrik Idea Foundation, gesprochen. Er analysiert regelmäßig die Luxemburger Wirtschaft und Folgen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Inwiefern wird der Standort fürs Arbeiten in Zukunft unwichtiger?

Vincent Hein: Forscher der University of Chicago haben in Studien den Anteil der Telearbeitsplätze in verschiedenen Branchen untersucht. Luxemburgs wirtschaftliche Spezialisierung auf den Dienstleistungssektor ermöglicht es, einen Anteil von theoretisch 53 Prozent an Homeoffice-Plätzen zu schaffen. Das liegt über dem Durchschnitt der meisten Länder. Die aktuelle Praxis übertrifft dies. Mehrere Arbeitgeber und Arbeitnehmer vor- und Nachteile aufgezeigt. Es ist jedoch ziemlich sicher, dass die Telearbeit weiter entwickelt sein wird als vor der Pandemie.

Was bedeutet das für große Dienstleistungszentren wie Luxemburg in Bezug auf Immobilien, Steuern und Konsum?

Hein: Der Büroimmobilienmarkt dürfte in Zukunft weniger unter Druck geraten. Aber das alles ist noch sehr theoretisch, denn dazu wäre es notwendig, dass die Mitarbeiter nicht alle an den gleichen Tagen Telearbeit machen. Ein weniger angespannter Büroimmobilienmarkt könnte dazu beitragen, das Wohnungsangebot auszuweiten. Aber in Luxemburg, wo die Spannungen aufgrund des Wachstums sehr hoch sind, sollte man keine radikalen Veränderungen erwarten.

Aus wirtschaftlicher und steuerlicher Sicht macht der grenzüberschreitende Kontext die Dinge komplexer als in einer „nationalen“

Metropole. Bei der Telearbeit kommt es zu einer geografischen Verlagerung des Konsums zulasten der Dienstleistungszentren und zugunsten der Wohngebiete. An Telearbeitstagen konsumieren sie mehr rund um ihren Lebensort in Restaurants, in der chemischen Reinigung oder in einem Fitnessstudio. Wenn die Metropole „national“ ist, bleibt alles im Land. Wenn die Metropole grenzüberschreitend ist, „verlässt“ dieses Geld das Land, dies hat Auswirkungen auf Vermögensbildung und Steuereinnahmen.

Was bedeutet das konkret für Luxemburg?

Hein: Der luxemburgische Wirtschafts- und Sozialrat schätzt, dass bei einer Telearbeit von 116 000 Grenzgängern an einem Tag in der Woche dies 350 Millionen Euro Umsatz im Handel kosten könnte und damit wahrscheinlich genauso viel in Grenzgebieten gewonnen wird. Wenn Arbeitnehmer eine bestimmte Anzahl von Tagen der Telearbeit überschreiten, werden sie darüber hinaus an den Tagen, die diesen Schwellenwert überschreiten (19 Tage für Einwohner Deutschlands, 24 Tage in Belgien und 29 Tage in Frankreich), in ihrem Wohnsitzland besteuert und nicht in ihrem Arbeitsland, was einen Teil des steuerlichen Gewinns verdrängen könnte, von dem Luxemburg profitiert.

Was müsste von luxemburgischer Seite getan werden?

Hein: Im Vergleich zu anderen Dienstleistungsmetropolen hat Luxemburg eine zusätzliche Schwierigkeit im Zusammenhang mit dem grenzüberschreitenden Kontext. Wenn Telearbeit an zwei oder drei Tagen in der Woche zu einer neuen „Norm“ wird, dann kommt es zu einer Wettbewerbsverzerrung zwischen Luxemburg und den „nationalen“ Metropolen, da mehr als 25 Prozent der Arbeitszeit außerhalb Luxemburgs geleistet wird, Arbeitnehmer verlieren ihren Anschluss an die luxemburgische Sozialversicherung. Es ist eine europäische Verordnung, die dieses Prinzip vorgibt. Luxemburg wird daher mit den Nachbarstaaten einen Rahmen aushandeln müssen, der eine Überschreitung dieser Schwellenwerte unter noch festzulegenden Bedingungen ermöglicht.

Gerade für Grenzgänger ist Telearbeit eine Option geworden, zumal in der Corona-Pandemie. Ist dies eine Vorbildlösung für die Zukunft?

Hein: Es liegt nahe, an diese Lösung zu denken, wenn wir die Mobilitätsprobleme im grenzüberschreitenden



Bummeln in der Innenstadt von Luxemburg. Durch Homeoffice wird auch die Frequenz in der Hauptstadt zurückgehen, mit Konsequenzen für Handel und Gastronomie.

FOTO: FRIEDMANN VETTER

Ballungsraum Luxemburg, aber auch die Wirtschaftswachstums- und Beschäftigungsprognosen für die kommenden Jahre sehen. Aber es wird auch weiterhin notwendig sein, in Infrastrukturen mit höherer Kapazität und in einen zusammenhängenderen Flächennutzungsplan zu investieren, um Lebensorte näher an Arbeitsplätze und Konsumorte zu bringen. Die Lebensqualität wird zweifellos mehr Telearbeit erfordern, aber es wird nicht die einzige Wunderlösung sein.

Das Thema Besteuerung von Grenzgängern ist ein heikles. Einerseits profitieren Luxemburger Staat und Wirtschaft von der Arbeit der Grenzgänger, andererseits gehen den Heimatländern Einnahmen verloren, die sie für den Erhalt von Straßen und Schulen brauchen. Wie kann man diesen Konflikt auflösen?

Hein: Ich habe bereits einen Vorschlag gemacht, der alle Parteien versöhnen würde. Zum Zeitpunkt der Pandemie ermöglichte die Aufhebung der steuerlichen und sozialversicherungsrechtlichen Schwellenwerte für Grenzgänger den luxemburgischen Unternehmen die Aufrechterhaltung ihrer Tätig-

keit durch massive Telearbeit. In gewisser Weise haben die Nachbarländer gegenüber dem Großherzogtum fiskalische Solidarität gezeigt.

Geradezu provokant ist das in der öffentlichen Debatte zuweilen zu findende Element, die Nachbarstaaten aufzufordern, die Freigrenzen entschuldigungslos nach oben zu erhöhen. Aus dieser heiklen Steuerfrage herauszukommen, wäre eine der Lösungen, mit den Nachbarstaaten über eine gerechte Verteilung der auf die Telearbeit von Grenzgängern erhobenen Steuer zu verhandeln.

Diese könnten im Gegenzug in einen gemeinsamen Entwicklungsfonds einzahlen – quasi als Gegenleistung für die Anhebung der geltenden Steuerregeln. Diese Mittel, die auch von Nachbarländern oder -regionen ergänzt würden, könnten Mobilitätsinfrastrukturen, Ausbildungsprojekte, kommunale Ausstattungen auf beiden Seiten der Grenzen finanzieren, sofern sie dazu beitragen, das grenzüberschreitende Territorium zusammenzuführen und attraktiver zu machen.

Inwiefern müssen alle Beteiligten Kompromisse eingehen?

Hein: Es muss ganz klar gesagt wer-

den, dass es bei einer Zunahme der Telearbeit nach der Pandemie nicht nur „Win-win“-Phänomene geben wird. Die Grenzgebiete werden Gewinner sein, weil sie sich in lebendigere Gebiete verwandeln und nicht nur in Wohnheimstädte. Persönliche Dienste werden von der Anwesenheit von Telearbeitern profitieren. Dies wird wirtschaftliche Aktivität, Arbeitsplätze und Steuereinnahmen schaffen. Aber es wird ein Verlust für Luxemburg sein, wie wir oben erwähnt haben.

Auf der anderen Seite werden die Grenzgebiete Zugeständnisse machen müssen, weil der Wettbewerb um qualifiziertes Personal in lokalen Unternehmen insofern härter wird, als es neben der Höhe der Sozialabgaben relativ attraktiver ist, für ein luxemburgisches Unternehmen zu arbeiten, ganz zu schweigen davon, dass die Sozialbeiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber dort niedriger sind. Es ist ein Prozess, der heute beginnen muss, indem alle Argumente ohne Tabus auf den Tisch gelegt werden. Das ist etwas Neues im grenzüberschreitenden Kooperationsprozess, man muss zugeben, dass sich seit der Gründung der Großregion in den 1990er Jahren viel

INFO

Die Idea Foundation

Die Idea Foundation ist eine luxemburgische Denkfabrik, die 2014 auf Initiative der Handelskammer (Chambre de Commerce) entstanden ist. Dabei geht es um die Erforschung, Entwicklung und Bewertung von politischen, sozialen und wirtschaftlichen Konzepten und Strategien für die politische Beratung. Schwerpunkt des Wirtschaftswissenschaftlers Vincent Hein ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit.



Vincent Hein, Idea Foundation Luxembourg.

FOTO: PRIVAT

getan hat, sich aber fast immer auf Projekte beschränkt hat, bei denen es nur Gewinner gab. In diesem Thema gibt es aber Gewinner und Verlierer, deren Aspekte sich überschneiden. Ich denke, wir müssen mit bilateralen Verhandlungen beginnen, damit die Kompromissbildung eine Chance auf Erfolg hat.

Wie sieht Ihr Ideal für den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt in der Großregion aus?

Hein: Ich glaube, dass es kurzfristig nicht möglich sein wird, das Attraktivitätsgefälle zwischen Luxemburg und den Nachbargebieten deutlich zu verringern. Aber wir müssen die wirtschaftliche Entwicklung auf beiden Seiten der Grenze mittelfristig wieder ins Gleichgewicht bringen. Denn das aktuelle Modell ist nur kurzfristig tragfähig. Auf dem Wohnungsmarkt und auf den Straßen sehen wir schon die Grenzen, vielleicht gibt es noch andere, wie zum Beispiel den Arbeitskräftemangel.

Der für eine Volkswirtschaft gesunde „War for Talents“ (Kampf um Talente) zwischen den Unternehmen darf nicht in einen „War for Talents“ zwischen den Territorien verwandelt werden, denn er führt zu Rückerschließungen der Grenzen. Sollte der Großraum Luxemburg insgesamt an Attraktivität verlieren, wäre dies für das Großherzogtum ein existenzielles Problem, aber nur ein Randproblem ohne große strategische Bedeutung für die deutschen, französischen und belgischen Volkswirtschaften.

Baustoffmangel auch im Ländchen

VON CÉDRIC FEYEREISEN

LUXEMBURG (tghl) Baustoffe sind während der Pandemie knapp geworden. Die Konsequenzen: höhere Preise und längere Lieferzeiten. Ob und wann sich die Situation bessert, sei schwer einzuschätzen, sagt der Direktor des „Département affaires économiques“ der Handwerkskammer Norry Dondelinger im Gespräch mit dem luxemburgischen „Tageblatt“.

„Ich arbeite seit 26 Jahren in diesem Bereich und habe so etwas noch nicht miterlebt“, sagt Norry Dondelinger, Direktor des „Département affaires économiques“ der Handwerkskammer im Gespräch. Das Problem: Die Preiserhöhungen der Baumaterialien. Die Erzeugerpreise für Baustoffe wie Holz, Stahl oder Dämmmaterialien sind während der Pandemie deutlich angestiegen, wie das Deutsche Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt.

Besonders stark waren laut Destatis die Preisanstiege gegenüber dem Vorjahr bei metallischen Sekundärohstoffen aus Eisen-, Stahl- und Alumi-

umschrott (+69,9 Prozent). Betonstahl in Stäben war im Mai 2021 um 44,3 Prozent teurer und Betonstahlmatten kosteten 30,4 Prozent mehr als im Mai 2020. Konstruktionsvollholz verteuerte sich im Mai 2021 um 83,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat, Dachlatten um 45,7 Prozent und Bauholz um 38,4 Prozent. „Niemand weiß, wie lange die Preiserhöhung der Baumaterialien andauern wird – es gibt Menschen, die sagen, dass sich das Problem in ein paar Monaten lösen werde, andere denken, die Preise werden nie mehr auf das Niveau von vor der Krise zurückgehen“, sagt Dondelinger.

Doch das Problem hört nicht bei den Preisen auf. Die Lieferzeiten haben sich laut Dondelinger wesentlich verlängert. „Ein Betrieb hat mir gesagt, dass die Lieferzeiten teilweise von vier auf 16 Wochen gestiegen sind“, sagt der Direktor. Eine Baufirma müsse sich noch besser organisieren und früher bestellen. Manche Unternehmen hätten genug Platz, um Baustoffe im Voraus zu lagern – „andere Betriebe haben die Möglichkeit leider nicht“, sagt Dondelinger. Ursache dafür sind nach Destatis-

Angaben die gesteigerte Nachfrage während der Corona-Krise und Lieferengpässe bei vielen Rohstoffen. „Während der Pandemie haben die Menschen nicht so viel Geld ausgegeben und deswegen ein bisschen Geld für Renovierungen angespart“, sagt Dondelinger.

Die Luxemburger Abgeordneten haben am vergangenen Dienstag die Förderung von lokalen Baustoffen als mögliche Lösung für die Preiserhöhungen angeboten.

Trotzdem würde die allgemeine Baustoffknappheit nicht nur den Kunden schaden. „Kurzfristig gesehen müssen die Betriebe die höheren Preise mit ihrem eigenen Gewinn kompensieren – sie können die neuen Preise nicht eins zu eins übernehmen und an den Kunden weitergeben“, sagt Dondelinger. Eine Frage stehe allerdings im Raum: Nehmen die Baustoffproduzenten nun an, dass die Kunden bereit sind, mehr für die Baumaterialien zu bezahlen? „Dann wird sich die Situation vielleicht nicht wirklich bessern“, sagt Dondelinger.

Autor Cédric Feyereisen ist Redakteur beim „Tageblatt“.

KOLUMNE VERBRAUCHERSCHUTZ OHNE GRENZEN

Abofalle Streaming-Portale

haben vielleicht auch Sie in Zeiten von Corona und Lockdowns vermehrt auf Internetportale zurückgegriffen, die das Streamen von Filmen und Serien anbieten? Die im Europäischen Verbraucherzentrum Luxemburg (CEC Luxemburg) eingehenden Beschwerden zeigen, dass Verbraucherinnen und Verbraucher dabei leider allzu oft an unseriöse Anbieter geraten. Aber wie erkennt man, ob ein Anbieter seriös ist oder nicht? In den Fällen, die dem CEC zur Bearbeitung überreicht wurden, verhielt es sich so, dass die entsprechenden Portale beispielsweise mit fünf Tagen kostenloser Probezeit geworben haben. Bereits kurz nach der Anmeldung erhielten die Verbraucher eine Rechnung über überzogene Beträge, etwa um rund 390 Euro, für ein angeblich abgeschlossenes Jahres- oder Premiumabo.

Kurz darauf folgten aggressive Zahlungserinnerungen mit Androhung von Inkasso, Gericht,

Zwangsvollstreckung und Gerichtsverurteilung. Was zeichnet aber einen seriösen Anbieter aus? Seriöse Anbieter von Streamingdiensten haben zu beachten, dass Verbraucher vor Abschluss eines Vertrages umfassend über die Vertragsbedingungen informiert werden müssen, wie zum Beispiel Kosten und Laufzeit des Vertrages. Erhält der Verbraucher diese Informationen nicht, ist die „Mitgliedschaft“ unwirksam und die Verbraucher sind nicht zur Zahlung verpflichtet. Die Zahlungspflicht entfällt übrigens auch, wenn die vor der Anmeldung dargestellte Auswahl etwa an Filmen und Serien schlichtweg nicht vorhanden



Christoph Neisius, leiter des Anwalts des Europäischen Verbraucherzentrums Luxemburg.

ist und somit nach der Anmeldung nicht darauf zurückgegriffen werden kann. Damit erbringt der Anbieter die versprochene Leistung nicht, was – wie gesagt – dazu führt, dass der Verbraucher auch nichts zahlen muss.

Unser Rat: Um sich vor unseriösen Angeboten zu schützen, sollten Sie vor Anmeldung über eine Internetsuche versuchen, den Anbieter zu überprüfen (über Foren oder Warnungen von Polizei oder Verbraucherschutzorganisationen). Gerne können Sie sich auch an das CEC Luxemburg wenden. Sollten Sie bereits unseriöse Zahlungsaufforderungen erhalten haben, heißt es Ruhe bewahren, zu nächst nicht zu zahlen und um Rat zu fragen, etwa beim CEC Luxemburg. Unsere Juristen beraten Sie gerne und kostenfrei.

Das Europäische Verbraucherzentrum Luxemburg CEC ist erreichbar unter <https://cecluxembourg.lu>, Telefon 00352-268464-1; E-Mail: info@cecluxembourg.lu

Produktion dieser Seite: Heribert Waschbüsch